

Diesmal mit dem Kinderwagen

BERN. Seit der Annahme des Partnerschaftsgesetzes 2005 ist es ruhig geworden um die politischen Anliegen der Lesben und Schwulen. Am 7. Mai aber demonstrieren diese wieder, um die «schwerste Diskriminierung» zu beseitigen: das Adoptionsverbot.

MARCELLO ODERMATT

Sieben Jahre ist es her, seit die Lesben und Schwulen in der Schweiz das letzte Mal für mehr Rechte auf die Strasse gingen. Damals weibelten sie für das neue Partnerschaftsgesetz des Bundes, das gleichgeschlechtlichen Paaren die registrierte Eintragung ermöglichte. Das Gesetz schaffte im Juni 2005 erfolgreich das von konservativen Kreisen ergriffene Referendum. Seit 2007 ist es in Kraft; und zahlreiche Paare haben sich seither registrieren lassen.

Nun gehts in die nächste Runde: Die Homo- und Bisexuellen marschieren am 7. Mai erneut auf dem Berner Bundesplatz auf. Nun geht es um das, was einst im Gesetz bewusst verboten wurde: das Recht auf Adoption. Obschon Lesben- und Schwulenorganisationen dies schon damals forderten, akzeptierten sie das Verbot, um das Gesetz nicht zu gefährden. So sicherten sie sich den Support nicht nur von links, sondern auch von FDP und CVP. Und die Adoptionsfrage konnte in der Folge unter den Teppich gekehrt werden.

Das Tabu wird gebrochen

Zumindest vorübergehend. Denn nun wollen Lesben und Schwule das Tabu brechen. «Die Realität hat sich geändert», sagt Maria von Känel Scheibling vom Verein Regenbogenfamilien, der die «Kinderwagen-Kundgebung» organisiert. «Wir müssen ein Zeichen setzen und aufklären.» Es geht nicht nur darum, eingetragenen Paaren die Adoption zu ermöglichen. Vielmehr existieren viele homosexuelle Paare, die bereits ein Kind aufziehen. Oft stammen die Kinder aus früheren, heterosexuellen Ehen oder wurden in eine gleichgeschlechtliche Beziehung geboren. Schätzungen zufolge wachsen über 6000 Kinder so auf. Doch der mit dem Kind nicht verwandte «Elternteil» darf kein Stiefkind adoptieren. Im Todesfall der leiblichen Mutter, des leiblichen Vaters oder bei Trennung haben solche Personen keine Rechte. «Es geht um das Kindeswohl», sagt von Känel. Oft übernehme dann einfach eine Behörde das Kind.

Pierre André Rosselet, Präsident der Schwulenorganisation Pink Cross, bezeichnet das Adoptionsverbot als

eine der «schwersten Diskriminierungen» im Gesetz. «Absurd» findet Eveline Mugier, Geschäftsführerin der Lesbenorganisation LOS, die Tatsache, dass etwa eine alleinstehende Frau unter zwar komplizierten Umständen aber grundsätzlich ein Kind adoptieren dürfe. Ausgerechnet dann, wenn eine feste, registrierte Partnerschaft existiere, sei es verboten.

Die Chancen stehen schlecht

Die Chancen, dass das Adoptionsverbot fällt, stehen allerdings schlecht. Zwar kann der Aktionstag vom 7. Mai auf eine breite Allianz zählen. Darunter die Grünen und die SP, deren Jungparteien sowie die Jungfreisinnigen. Auch die abgewandelten Logos von SVP und FDP sind auf dem Flyer zu finden. Doch es handelt sich nur um Gay-Ableger der Mutterparteien. Diese hingegen distanzieren sich explizit: Ein Kind brauche eine männliche und eine weibliche Bezugsperson. Auch die CVP sieht «keinen Handlungsbedarf» für eine Gleichstellung zur traditionellen Ehe. Eine Vorstellung indes, die besonders in freisinnigen Kreisen umstrittener geworden ist. Die Präsidentin der Jungfreisinnigen zumindest, Brenda Mäder, die am 7. Mai in Bern auftritt, findet das Verhalten ihrer Mutterpartei aus liberaler Sicht unverständlich und antiquiert.

Zwar sehen das auch einzelne, namhafte FDP-Parlamentarier wie Christa Markwalder, Ignazio Cassis, Otto Ineichen oder Peter Malama so, weshalb sie entsprechende Motionen unterzeichneten, die von der Grünen Katharina Prelicz-Huber und von Mario Fehr (SP), neuem Zürcher Regierungsrat, im Nationalrat eingereicht worden sind. Doch ob es für eine Mehrheit reicht, ist fraglich, zumal auch der Bundesrat abblockt: Zwar zeigt er «Verständnis». Doch er ist der Meinung, das Volk akzeptiere das noch junge Partnerschaftsgesetz nur, weil das Adoptionsverbot darin explizit verankert sei.

Der Präzedenzfall vor Gericht

Ein Argument, das die Interessenverbände mit dem Verweis auf eine Isopublic-Umfrage vehement bestreiten. Diese Umfrage habe eine Volks-



Eingetragene Partnerschaft ja, Adoption nein: Nur leibliche Väter haben heute Vaterschaftsrechte und -pflichten. Bild: prisma

mehrheit für das Anliegen festgestellt, sagt von Känel. Resignieren wollen die Schwulen und Lesben daher noch nicht. Es gelte nun, harte Lobbyingarbeit zu betreiben, so von Känel. Zudem setzt sie grosse Hoffnungen auf

einen auf den 5. Mai angesetzten Gerichtstermin vor dem Bundesgericht in Lausanne. Dabei geht es um einen Fall von Stiefkindadoption durch eine mit der leiblichen Mutter des Kindes in einer eingetragenen Partnerschaft

lebende Frau. Nachdem das Zürcher Obergericht die Adoption des Kindes mit Verweis auf das geltende Partnerschaftsgesetz verweigert hatte, haben die beiden Frauen das Urteil ans Bundesgericht weitergezogen.

Oeri-Projekt setzt «Blocher-BaZ» schon zu

BASEL. Kaum ist das neue Medienprojekt einer Wochenzeitung mit täglich aktuellem Onlineauftritt bekannt, haben führende Journalisten die «Basler Zeitung» («BaZ») verlassen.

NIKLAUS RAMSEYER

«Ich verlasse die «BaZ» nicht, weil ich diese Zeitung nicht gut fände», sagt Philipp Loser, der in Bern als Bundeshauskorrespondent arbeitet. «Sondern weil ich glaube, dass das neue Basler Medienprojekt Chancen hat. Das ist die Zukunft des Journalismus und ist hoch spannend. Ich freue mich, da mitzuarbeiten.»

Das Projekt, das noch keinen Namen hat, soll aus einer wöchentlich gedruckten Ausgabe und einer laufend aktualisierten Onlinezeitung bestehen. Es wurde lanciert von der Stiftung Ledvedo der Basler Multimillionärin Beatrice Oeri (Roche-Erbin). Start der neuen Zeitung soll spätestens Ende des Jahres sein – eventuell schon An-



«Es gibt bei uns keinen Braindrain»: BaZ-Chef Markus Somm. Bild: key

fang Oktober vor den eidgenössischen Wahlen. Bis dahin sollen fast 30 Journalistinnen und Journalisten für insgesamt 20 Vollzeitstellen rekrutiert werden. Oeris Stiftung garantiert die Finanzierung für eine Durststrecke von bis zu vier Jahren.

Das Personal stammt bisher fast nur von der «Basler Zeitung»: Als Leiter des Medienprojektes firmiert der prominente Basler Journalist Urs Buess, der bis vor Kurzem stellvertretender Chefredaktor der «BaZ» war. Remo Leupin und Ivo Bachmann, die auch von Anfang an mit dabei sind, haben früher in leitenden Stellungen bei der «BaZ» gearbeitet. Sie kennen Basel bestens. Gleichzeitig mit Philipp Loser hat soeben auch Michael Rockenbach, der Ressortleiter Baselbiet der «BaZ», gekündigt und wird beim neuen Projekt mit dabei sein. Zahlreiche weitere profilierte «BaZ»-Leute sollen sich einen Wechsel auf Mitte Jahr ernsthaft überlegen und sich bei Bachmann oder Buess gemeldet haben.

Besitzer bleiben in Deckung

Umgekehrt hat der neue Chefredaktor der «Basler Zeitung», Markus Somm, offenbar Mühe, gute Journalisten zu finden. Das hängt auch mit den unklaren Besitzverhältnissen bei der «BaZ» zusammen: Der neuste Verleger der Zeitung, Moritz Suter, hat inzwischen zugegeben, dass er nur eine

Million Franken in die «BaZ» investiert habe. Wer die anderen fast 70 Millionen aufbrachte, bleibt unklar. Die Vermutung, es seien «Freunde von Christoph Blocher oder gar er selber», hält sich in Basel hartnäckig. Und bis Klarheit herrscht, gilt die «Basler Zeitung» für viele Baslerinnen und Basler als «Blocher-BaZ» oder «SVP-BaZ».

Expansion gescheitert?

Als Alternative und Konkurrenz zur «SVP-BaZ» ist das neue Zeitungsprojekt jedenfalls gedacht. Auf Widerstand stossen die finanziell ebenso potenten wie geheimnisvollen «BaZ»-Geldgeber auch anderweitig: Ihr Plan, vom Aargauer Verleger und Besitzer Peter Wanner die ganze AZ-Mediengruppe zu übernehmen und so ihren Basler Brückenkopf entscheidend ins Mittelland auszudehnen, habe sich zerschlagen, hört man. Doch dazu gab es auf Nachfrage weder aus Basel noch aus Baden eine Stellungnahme. «BaZ»-Chefredaktor Markus Somm teilte nur mit, es hätten zwei Leute aus der Redaktion gekündigt. Doch von Braindrain könne keine Rede sein.

IN KÜRZE

Dick Marty kandidiert nicht

BERN. Nach Angaben der Tessiner FDP will Ständerat Dick Marty bei den Wahlen im Herbst nicht mehr antreten. Das Kantonskomitee sei von Marty schriftlich über diesen Entscheid informiert worden, bestätigte das Sekretariat der Tessiner FDP gestern Medienberichte. Marty vertritt das Tessin im Ständerat seit 1995.

Burkhalter bereist China

SCHANGHAI. Zu Beginn seiner China-reise hat Bundesrat Didier Burkhalter in Shanghai mit chinesischen Wissenschaftlern über die künftigen Herausforderungen im Energiebereich diskutiert. Ob der Schweizer Innenminister die Festnahme des chinesischen Künstlers Ai Weiwei zur Sprache bringen wird, ist noch nicht klar.

«Yasmin»-Bericht korrekt

LAUSANNE. «10 vor 10» hat mit den Berichten über Nebenwirkungen der Antibabypille «Yasmin» das Sachgerechtigkeitsgebot nicht verletzt. Mit dieser Feststellung stützt das Bundesgericht einen vorinstanzlichen Entscheid. Das Magazin hatte 2009 über ein Mädchen berichtet, das wegen «Yasmin» eine Lungenembolie erlitt. (sda)